

TTIP – Gefahr für Arbeitsbedingungen und Demokratie AG Betrieb & Gewerkschaft ruft zum Widerstand auf

Die AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN ruft zum Widerstand gegen das in Arbeit befindliche Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA auf.

Politischer und gewerkschaftlicher Widerstand sind nötig.

Verhandlung hinter verschlossenen Türen

Gegenwärtig verhandeln die USA und die EU hinter verschlossenen Türen ein Freihandelsabkommen, das große Gefahren für die Arbeitsbedingungen und die sozialen und demokratische Rechte mit sich bringt.

Gewerkschaften und Umwelt- und Verbraucherverbände hatten bisher keinerlei Möglichkeit auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen. Laut Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 12.12.2013 dürfen jedoch mehr als 600 Vertreter der Wirtschaftslobby ihre Positionen und Vorschläge einbringen. Diese hätten auch Zugang zu wichtigen Dokumenten, die noch nicht einmal den Regierungen der einzelnen EU-Länder vorlägen.

Investorenrechte sollen gestärkt werden

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist besonders bedenklich, dass, laut dem „initial position paper“ der EU-Kommission, die Investorenrechte massiv gestärkt werden sollen.

Geplant ist ein Streitschlichtungsmechanismus, der es den Investoren erlaubt gegen staatliche Vorschriften zu klagen, wenn diese diskriminierend wirken bzw. die geplante Rendite beeinflussen.

Um die Investoren zu schützen, sollen sogenannte Schiedsgerichte eingerichtet werden. Diese selbst sind keine Institutionen des demokratischen Rechtsstaats, sondern agieren auf der Basis von Handels- und Investitionsschutzverträgen außerhalb nationalstaatlicher Rechtssysteme. Entscheidungsträger bzw. Richter wären hier drei Juristen. Dabei würde der erste vom Investor, der zweite vom Staat und der dritte im Konsensverfahren benannt. Berufungsverfahren sind nicht vorgesehen. Im Ergebnis würden Wirtschaftsanwälte z.B. in Betrieben und Branchen entscheiden.

Hinsichtlich der Auswirkungen des TTIP auf Löhne und Sozialstaat ist alarmierend, dass die USA bisher nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert haben. In den USA ist deshalb die Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit teilweise beträchtlich eingeschränkt. Die Arbeit speziell von Gewerkschaften wird dadurch erheblich erschwert.

Auswirkung auf Bund, Länder und Kommunen

Die weitgehende Liberalisierung und Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern - wie Wasser, Bildung und Gesundheit - stellt schon lange ein besonderes Interesse vieler privater Großkonzerne dar. Im Zuge des TTIP könnte es auf Druck solcher Unternehmen zu Regelungen kommen, die Privatisierungen forcieren.

Kontakt und Info zur AG B&G:

ag.bg@die-linke.de

Tel: 030 24009673

Fax: 030 24009624

www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Jochen Dürr * Benedikt Frank * Gerald Kemski-Lilleike * Gertrud Moll * Sven Scheidemantel * Gabriele Ungers * Ursula Weisser-Roelle * Sabine Wils

Der Erfolg der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ wäre damit wieder in Frage gestellt.

Bund, Länder und Kommunen hätten somit wesentlich weniger Einfluss auf die regionale Wirtschaftsentwicklung.

Forderungen

Mit den europäischen Gewerkschaften fordern wir u.a:

- Soziale und ökologische Ziele müssen gleichrangig mit den wirtschaftlichen Zielen verfolgt werden. Die EU und die USA müssen alle ILO-Standards ratifizieren.
- Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf höchstem Niveau geschützt werden.
- Die Rechte der Beschäftigten müssen auf dem höchsten Standard gesichert werden.

Vor allem müssen die Verhandlungen öffentlich geführt werden und Gewerkschaften, NGOs und Verbraucherverbände realen Einfluss bekommen.

Solange dies nicht gewährleistet ist, lehnen wir TTIP ab.

Da es aber nicht ausreicht etwas abzulehnen und Forderungen aufzustellen, fordern wir dazu auf, politisch aktiv zu werden, über TTIP aufzuklären, gewerkschaftliche Aktionen zu fördern und zu unterstützen. Macht in bereits bestehenden Bündnissen wie „unfairhandelbar“ und bei der Blockupy-Aktionswoche im Mai mit.

Wie schnell ohne Gegenwehr solch ein geheim verhandeltes Abkommen Wirklichkeit werden kann, zeigt das Freihandelsabkommen EU - Canada (CETA). Dieses ist bereits in Kraft und beinhaltet bereits viele der problematischen Punkte des TTIP. Es wird Zeit sich zu wehren.

BundessprecherInnenrat
AG Betrieb & Gewerkschaft

Hinweis:

Die Bereiche Politik und Planung sowie Wirtschaftspolitik bei der ver.di Bundesverwaltung haben unter dem Titel „Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt. Was steckt hinter dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP?“ ein aufschlussreiches Material zusammengestellt.